

28. X. 1916

Unsere Ernährung im Winter.

Wenn man die Berichte des Haushaltsausschusses über die Ernährungsfragen im Winter gelesen hat, dann kann man verstehen, daß die Regierung außerstande ist, alle Arbeiten, die man von ihr verlange zu erledigen. Es sind ja gewiß alles recht wichtige Dinge und sie stehen alle mit der Volksernährung im unmittelbaren Zusammenhang. — Die Höhe der Spirituspreise, der Zwang zur Bewirtschaftung der Güter, die Verteilung der Düngemittel und anderes mehr —, aber ihre eingehende Erörterung verdunkelt doch einigermaßen das Bild vom Stande unserer Ernährung und erschwert das Urteil über die Aussichten. Wir möchten wünschen, daß der Reichstag, wenn er sich in der nächsten Woche in der Bollversammlung abermals mit diesen Fragen beschäftigt, sich die notwendige Beschränkung auferlegt, nur die wichtigsten Punkte unserer Lebensmittelpolitik erörtert und auf diese Weise auch dem nicht ganz sachverständigen Hörer und Leser die Möglichkeit gibt, das Wahre vom Falschen in den täglichen Diskussionen zu unterscheiden. Wir halten es da durchaus mit dem Zentrumsredner, der wenige Einzelfragen, aber dieses Wenige um so nachdrücklicher erörtert haben wollte.

Über allem steht die Frage, ob und in welchem Maße wir in diesem Winter mit Kartoffeln versorgt sind. Gerade die zeitweiligen Störungen in der Zufuhr haben den Beweis erbracht, daß die Kartoffel die Grundlage für unsere gesamte Ernährung ist, nicht nur unmittelbar für den Menschen, sondern auch als Viehfutter die Quelle unserer Fettversorgung. Und diese wichtige Frucht hat uns einige sorgenvolle Tage gemacht. Man muß unterscheiden zwischen der akuten Kartoffelnot, in der wir zum Teil noch drinstehen, und den Aussichten für den Winter. Die akute Not entstand dadurch, daß sich die Ernte erheblich verzögerte. Daran war die nasse Bitterung, der Mangel an Arbeitskräften, aber auch, wie das Zeugnis vieler Landräte dargetan hat, eine absichtliche Zurückhaltung vieler Bauern schuld. Jedenfalls steckte noch ein erheblicher Teil der deutschen Kartoffelernte im Boden, als gegen Ende der verfloffenen Woche unvermutet einige Nachtfröste die Lage verschlimmerten. Diese Gefahr ist glücklicherweise bald gewichen, da sich die Bitterung wieder milderte; es war bei einem nicht zu übersehenden Menetekel geblieben. Was diesmal rasch vorübergegangen ist, kann sich bald wiederholen und zum Dauerzustand werden. Dann dürfen wir nicht mehr überrascht werden. Daß der Kultusminister die Schulferien verlängert und der Justizminister die Gefängnisse geleert hat, um die Arbeitskräfte zu vermehren, kann keine genügende Hilfe bringen. Die Sache ist dringend genug, um als militärische Angelegenheit behandelt zu werden. Vereinzelt ist ein stellvertretendes Generalkommando schon dazu übergegangen, Kriegsgefangene zum Kartoffelausmachen in die Gebiete zu schicken, die für den Korpsbezirk die Kartoffeln zu liefern haben. Man müßte darüber hinausgehen und Arbeitskommandos aus nicht kriegsverwendungsfähigen Soldaten bilden, die den Landwirten die Arbeit abnehmen und die Kartoffeln in die Flüge zu bringen hätten. Das wäre auch die einzige Möglichkeit, den passiven Widerstand der Kartoffelerzeuger dort, wo er sich zeigte, zu brechen und mit der Enteignungsmöglichkeit wirksam vorzugehen. Es wird gar nicht bestritten, daß die Landwirte, fußend auf den Erfahrungen des letzten Jahres, eine Erhöhung der Kartoffelpreise erwarten, wenn sie nur die Ware lange genug zurückhalten; daß Herr v. Batocki die Preisfrage zur Kabinettsfrage gemacht hat und eher sein Amt niederlegt, als dem Verlangen dieser Widerstrebenden nachgibt, das sieht den einzelnen Kartoffelerzeuger nicht an und wenn jetzt auch sicher zu erwarten ist, daß die Landräte und die landwirtschaftlichen Organisationen ihr möglichstes tun werden, um die Landwirte zur schleunigsten Ablieferung zu bewegen, so könnte doch eine militärische Unterstützung dort, wo sie sich als nötig herausstellt, nur nützlich wirken.

Ist aber die akute Kartoffelnot beseitigt, d. h. ist dafür gesorgt, daß vor der Frostzeit genügende Vorräte an Kartoffeln aus den ostdeutschen Überschussbezirken in die Bedarfsgebiete geschafft sind, dann ist nur die unmittelbare Gefahr vorüber; ein leichtfertiges Draufloswirtschaften mit den Kartoffeln ist in diesem Winter ebenso verhängnisvoll, wie ein vorzeitiges Verzagen, als ob wir bei unserer mittlern Ernte angesichts des großen Verlangens nach dieser Knollenfrucht nicht durchgehalten könnten, unbedeutend ist. Auf den ersten Blick sehen die Zahlen ja bedenklich aus. Nach den bisherigen Schätzungen umfaßt die Kartoffelernte nicht ganz 40 Millionen Tonnen. Wenn man bedenkt, daß die vorjährige fast 55 Millionen Tonnen zählte und doch ziemlich restlos aufgefressen worden ist, dann kann man zunächst stutzig werden. Aber die Notwendigkeit und die Behörden haben uns schon das Sparen gelehrt. Nach der jüngsten Verordnung kommt dem einzelnen

durchschnittlich nicht mehr als ein Pfund zu, eine recht knappe Ration, die für die Schwerarbeiter verdoppelt wird. Rechnen wir nun auf den Kopf der Zivilbevölkerung, die wir mit 60 Millionen Menschen annehmen, die Höchstsumme von zwei Pfund täglich, und nehmen wir als die Zeit bis zur nächsten Frühkartoffelernte acht Monate an, so ergibt sich als Bedarf 60 Millionen $\times 2 \times 8 \times 30 = 288000000$ Pfund = 288 Millionen Zentner = rund 15 Millionen Tonnen Kartoffeln. Auf der Grundlage dessen, was dem Schwerarbeiter zugebilligt ist, würde die Versorgung des Volkes mit Kartoffeln also 15 Millionen Tonnen verlangen, die auch von einer nicht gerade günstigen Ernte, die auf 40 Millionen Tonnen geschätzt wird, leicht zu bestreiten wäre. Dazu kommt, daß die oben erwähnte Sparsamkeitsverfügung das Verfüttern von Kartoffeln, die noch menschlichen Ernährungszwecken dienen können, an das Vieh verboten hat und daß, wie wir mitteilen konnten, die Verarbeitung der Kartoffeln zu Branntwein wesentlich eingeschränkt werden soll.

Ohne irgendwie schön zu färben und ohne zu übersehen, daß trotz aller Verbote Kartoffeln verfüttert werden, viele Tonnen verderben werden, auch unsere Brotbereitung durch die Streckung eine belächliche Summe verlangt, darf man auf Grund dieser Zahlen aussprechen, daß wir bei sparsamer Wirtschaft mit unsern wichtigsten Nahrungsmitteln auch durch einen langen Winter kommen. Es darf aber nicht verschwiegen werden, daß, wie aus landwirtschaftlichen Kreisen gemeldet wird, Proben bei mehrmaligem Verlesen von Speisekartoffeln in diesem Jahre eine auffallend geringe Haltbarkeit der Kartoffeln ergeben haben. Sollte sich diese Erfahrung weiterhin bestätigen, so könnte die in Aussicht genommene Aufbewahrung der Kartoffeln durch die Städte und die städtischen Haushaltungen zu sehr erheblichen Verlusten führen. Es erwächst den Städten deshalb die dringende Pflicht, daß die von ihnen eingelagerten Kartoffeln einer sehr sorgfältigen Beobachtung von Sachverständigen unterstellt und daß sie regelmäßig von Zeit zu Zeit verlesen werden. An Vorschlägen für eine richtige Aufbewahrung der Kartoffeln ist es nicht gefehlt; es ist aber eine der wichtigsten vaterländischen Aufgaben, die mit so schwerer Mühe errungene Kartoffelernte nunmehr auch in der zweckmäßigsten Weise und unter Ausschaltung aller irgend vermeidbaren Verluste zu verwalten. Für die Aufbewahrung der Kartoffeln im Hause gibt neuerdings die Gesellschaft zur Förderung des Baues und der wirtschaftlich zweckmäßigen Verwendung der Kartoffeln folgende Regeln:

1. Nicht zu warm, nicht zu kalt. Die Temperatur darf $10^{\circ} \text{C.} = 8^{\circ} \text{R.}$ nicht übersteigen. Erfrieren die Kartoffeln, verderben sie unter allen Umständen. Sind sie dauernd einer Temperatur von über 10°C. ausgesetzt, verfaulen sie.

2. Bodenräume sind zumeist ungeeignet, Kellerräume geeignet, sofern sich nicht eine Heizung in der Nähe befindet. Keller in Häusern mit Zentralheizung sind verträglich.

3. Die Fäulnis kommt dadurch zustande, daß sich Pilze entwickeln, die in die Kartoffeln eindringen. Eine Kartoffel überträgt die Fäulnis auf die andere.

4. Bei Ankunft müssen die Kartoffeln an einer Stelle ausgebreitet werden und sorgsam verlesen werden, d. h., alle angestohenen, vom Spaten getroffenen, mit Flecken versehenen irgendwie einen ungenügenden Gesundheitszustand bekundenden müssen herausgesehen und sofort verworfen werden. Der Rest wird eingelagert. Dieses Verlesen hat zur wärmern Jahreszeit, Herbst und wieder Frühjahr, alle vier Wochen stattzufinden.

Da es notwendig ist, alle Speisekartoffeln dem menschlichen Verzehr vorzubehalten, müssen für die Schweinemast, die als Quelle der Fettgewinnung von außerordentlicher Bedeutung ist, andere Futtermittel bereitgestellt werden. Dafür kommen Rüben in Betracht, vor allem aber Gerste, die natürlich an anderer Stelle eingesetzt werden muß. Die Einschränkung des Bierbrauens ist deshalb im Haushaltsausschuß eingehend beraten worden, ohne daß man zu einem Ergebnis gekommen wäre. Wir wollen auf diese Einzelheiten nicht eingehen, um nicht in den Fehler zu verfallen.

der uns an den Ausschußverhandlungen aufgefallen ist. Man gewinnt aus allen diesen Bemühungen, ein Loch in unserer Ernährung nach dem andern zu stopfen, die Nährmittel bis zum Äußersten auszunutzen und immer dort zu verwenden, wo sie am notwendigsten verlangt werden, den Eindruck, daß wir unserer Versorgung im Winter zwar mit Ruhe, aber auch mit Ernst entgegensehen müssen. Was wir an Nahrungsmitteln im Lande haben, läßt sich voraussichtlich nicht wesentlich vermehren; was dem einzelnen zugemessen ist, läßt sich kaum mehr herabsetzen. Wir müssen aber gegen den Fall gewappnet sein, daß irgendeine neue Überraschung, an denen die Kriegszeit so reich ist, unsere Ernährungszustand verschlimmert. Für diese immerhin mögliche Entwicklung bleibt uns nur das eine übrig, unsere Vorräte noch besser zu verwerten, als es bisher in der Anarchie der Einzelhaushaltungen möglich war, und einen verschwenderischen Verzehr von Lebensmitteln durch diejenigen, für die die Geldfrage keine Rolle spielt, einen neuen Niegel vorzuschieben. Das kann nur geschehen durch die Verallgemeinerung der Gemeinschaftsküche.

Wir wollen nicht unterschätzen, was bisher schon darin geschehen ist. Im allgemeinen aber sind dort, wo die Gemeinschaftspeisung eingeführt ist, nicht mehr als 5 bis 10 Prozent der Bevölkerung daran beteiligt. Daß damit die Zwecke nicht erreicht werden, die mit der Einführung angestrebt worden sind, leuchtet ein. Wir haben die Vorteile wiederholt geschildert, so daß wir uns in der Wiederholung auf die Stichworte beschränken können: Mit der Gemeinschaftsküche wird der Kampf gegen den Hunger erleichtert, die Hamsterartigkeit hört mehr oder weniger auf, das stundenlange Warten vor den Geschäften erübrigt sich; die Lebensmittel werden rationeller verwandt; viele Schichten des Volkes werden besser und billiger ernährt als bisher; weibliche Arbeitskräfte werden für neue Aufgaben frei; das Gemeinschaftsgefühl des Volkes erhält einen neuen Antrieb. Es sind jedenfalls triftige Gründe, die für eine Ausdehnung der Gemeinschaftspeisung, für den Übergang vom fakultativen System, mit dem wir nach den Erfahrungen nicht weiterkommen, zum obligatorischen sprechen. Um so überraschender ist, daß Herr v. Batocki diese Bestrebungen ziemlich unverbürgt abgelehnt hat und dieselben ethnischen Bedenken vorgebracht hat, die auch schon im Kölner Hansa-Jahr herhalten mußten. Warum dieselbe Maßregel, an der im Heere, das doch einen Mikrokosmos unseres Volkskörpers darstellt, noch niemand Anstoß genommen hat, zur Kriegszeit für das Volk unannehmbar sein soll, ist schlechterdings nicht einzusehen. Wie in der militärischen, so fragt man auch in der wirtschaftlichen Kriegsführung nicht in erster Linie nach den ethnischen Gründen oder Wirkungen einer Maßregel, sondern vor allem nach ihrer Notwendigkeit. Der Reichstag müßte unsern verantwortlichen Ernährungsminister fragen, ob er auch ohne die Einführung einer erweiterten Gemeinschaftspeisung die Gewähr dafür übernehmen kann, daß uns Notstände in der Ernährung für die kommende Zeit erspart bleiben werden. Kann diese Zusicherung nicht gegeben werden, dann dürfen keinerlei Gefühlsmomente die Volksvertreter abhalten, sich für diesen letzten entscheidenden Schritt einzusetzen. Wie die Gemeinschaftspeisung im einzelnen durchzuführen ist, ob man einen unmittelbaren Zwang zur Teilnahme einführt oder den Selbstverforgern, die sich von irgendwoher Lebensmittel zu verschaffen wissen, die Teilnahme freistellt, ob man einmal oder zweimal täglich die Menge speist, ob man auch die verschiedenartigen Nahrungsbedürfnisse berücksichtigen kann, das wird man erst zu erörtern haben, wenn Regierung und Reichstag sich grundsätzlich zur großen Volksküche bekannt haben. Darüber müssen die Reichstagskammern Aufschluß geben.